



Nr. 21 / 17. Oktober 2008

Inhaltsübersicht

Kommunalverwaltung

Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt 149

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2008 150

Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt 151

Angelegenheiten des Bezirks Oberbayern

Beschlüsse des Verwaltungsrates des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ vom 23. September 2008 151

Wirtschaft und Verkehr

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz–EnWG) vom 7. Juli 2005 151

Verkehrsflughafen München;
Antrag der Flughafen München GmbH auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für eine 3. Start- und Landebahn gemäß §§ 8 ff. des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG);
Bekanntmachung über die Erörterungstermine 152

Versicherungsaufsicht;
Feststellen des Erlöschens der Erlaubnis zum Betrieb eines Versicherungsgeschäftes des Arbeiter-Brandunterstützungsvereins Traunstein i. L. 154

Schulwesen

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Starnberg 154

Die Regierung von Oberbayern
trauert um

Herrn Dipl. Ing. Herbert Högen

der am 23. September 2008 im Alter von 57 Jahren verstorben ist.

Herr Högen war seit dem 1. Oktober 1985 in der Gewerbeaufsicht tätig und leitete zuletzt das Dezernat 2 A „Bauarbeiterschutz“. Wir haben mit Herrn Högen einen zuverlässigen, fleißigen sowie allseits anerkannten, liebenswürdigen Kollegen verloren, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

München, 29. September 2008

Christoph Hillenbrand Roman Kriner
Regierungspräsident Personalratsvorsitzender

Landesentwicklung

Regionaler Planungsverband München;
Sitzung am 28. Oktober 2008 154

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen, Literaturhinweise 155

Kommunalverwaltung

ZWECKVERBAND MÜLLVERWERTUNGSANLAGE
INGOLSTADT

Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt

Der Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt erlässt auf Grund des Art. 30 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555, ber. 1995 S. 98,

BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2007 (GVBI S. 271), folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt vom 7. November 1996 (OBABI S. 139), zuletzt geändert durch Satzung vom 30. April 2008 (OBABI S. 134), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Aufwandsentschädigung für den 1. und den 2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden beträgt die Hälfte der Aufwandsentschädigung des Verbandsvorsitzenden.“

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung

„(2) Andere Verbandsräte kraft Amtes erhalten eine Aufwandsentschädigung von 50 € je Sitzung, wenn sie Ausschussvorsitzende oder deren Stellvertreter sind; ansonsten haben sie nur Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen (§ 2). § 3 Abs. 5 gilt entsprechend.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Entschädigung für die von den Verbandsmitgliedern bestellten Mitglieder der Verbandsversammlung (Art. 31 Abs. 2 Sätze 2 und 3 KommZG) beträgt 50 € je Sitzung.“

b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Selbständig Tätige erhalten – neben der Entschädigung nach Absatz 1 – für die durch die Teilnahme an den Sitzungen entstehenden Zeitversäumnisse eine Verdienstausschüttung in Höhe von 18,50 € für jede angefangene Stunde Sitzungsdauer. Sonstige Verbandsräte, denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeiten oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von 18,50 € je angefangene Stunde.“

c) Abs. 5 wird gestrichen. Der bisherige Abs. 6 wird zum Abs. 5.

§ 2

Die Satzung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Ingolstadt, 23. September 2008
Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt

Dr. Alfred Lehmann
Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

ZWECKVERBAND MÜLLVERWERTUNGSANLAGE INGOLSTADT

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2008

I.

Auf Grund der Art. 40 Abs. 1 und Abs. 2 sowie Art. 26 Abs. 1 KommZG in Verbindung mit Art. 63 ff. GO und § 22 der Verbandssatzung erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008 wird

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	40.829.017 €
in den Aufwendungen mit	42.472.764 €

und im Vermögensplan	
in den Einnahmen und	
in den Ausgaben mit	6.710.832 €
festgesetzt.	

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

§ 5

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2008 in Kraft.

Ingolstadt, 3. April 2008
Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt

Dr. Alfred Lehmann
Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

II.

Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan 2008 liegen gemäß Art. 65 Abs. 3 GO ab dem Tage der Bekanntmachung eine Woche lang beim ZV Müllverwertungsanlage Ingolstadt, Am Mailinger Bach 141, 85055 Ingolstadt, während der allgemeinen Geschäftszeiten zur Einsichtnahme auf.

ZWECKVERBAND FÜR RETTUNGSDIENST UND FEUERWEHRALARMIERUNG REGION INGOLSTADT

Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt

Auf Grund des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit – KommZG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555, ber. 1995 S. 98, BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2007 (GVBl S. 271) erlässt der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Ingolstadt folgende Satzung:

Die Verbandssatzung vom 24. Juli 2003, veröffentlicht im OBABI Nr. 18 vom 12. September 2003, S. 145, zuletzt geändert durch Satzung vom 22. März 2005 (OBABI Nr. 12 vom 17. Juni 2005) wird wie folgt geändert:

§ 1

In § 7 Abs. 3 wird das Wort „Stadtbrandinspektor“ durch das Wort „Stadtbrandrat“ ersetzt.

§ 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Verbandsvorsitzende wird auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Der stellvertretende Verbandsvorsitzende wird für die Dauer von zwei Jahren aus dem Kreis der Verbandsversammlung gewählt.

Sind der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitglieds – ist die Wahl auf die Dauer dieses Amtes beschränkt.

Nach Ablauf der Wahlzeit üben beide ihr Amt bis zum Amtsantritt der neu gewählten Verbandsvorsitzenden weiter aus.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern in Kraft.

Ingolstadt, 17. September 2008
Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt

Dr. Alfred Lehmann
Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

Angelegenheiten des Bezirks Oberbayern

KLINIKEN DES BEZIRKS OBERBAYERN – KOMMUNAL-UNTERNEHMEN

Der Verwaltungsrat des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ fasste am 23. September 2008 folgende Beschlüsse:

1. Der durch die Solidaris Revisions-GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung München, geprüfte und mit einem uneingeschränkten Testat versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 256.652.811,99 € festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2007 des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ in Höhe von +2.816.276,26 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Darin enthalten ist ein Überschuss im Sinne der Budgetvereinbarung Forensik in Höhe von 2.313.740,00 €.

3. Der Vorstand des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ wird gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 12 der Satzung des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ in Verbindung mit § 27 Absatz 1 Satz 3 KUV entlastet. Der Vorstand wird als Gesellschaftsvertreter ermächtigt, die Geschäftsführer der einzelnen Tochtergesellschaften zu entlasten.

4. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ liegen während der üblichen Geschäftszeiten in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 10. Oktober 2008 im Sekretariat des Vorstandes des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“, Ringstraße 55, 85540 Haar, auf.

München, 23. September 2008

Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen

Franz Jungwirth
Bezirkstagspräsident,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Wirtschaft und Verkehr

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl I S. 1970)

Nach § 23a EnWG bedürfen die Entgelte für den Zugang zu Strom- und Gasnetzen grundsätzlich einer behördlichen Genehmigung.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiG) vom 10. März 2006 (GVBl Nr. 5/2006, S. 122) und der darauf beruhenden Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiV) vom 18. März 2006 (GVBl Nr. 6/2006, S. 127) wird die Genehmigung der Netzentgelte – mit Ausnahme des jeweils größten Strom- und Gasnetzbetreibers in Bayern – rückwirkend zum 13. Juli 2005 auf die Regierungen übertragen.

Die Zahlen sind unter dem Stichwort „Wir über uns / Sachgebiet 22 Preisprüfung / Prüfung und Genehmigung der Tarifstrompreise, der Strom- und Gasnetzentgelte der Energieversorgungsunternehmen mit Ausnahme des jeweils größten Strom- und Gasnetzbetreibers“ gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen auf der Internetseite der Regierung von Oberbayern veröffentlicht.

REGIERUNG VON OBERBAYERN

**Verkehrsflughafen München;
Antrag der Flughafen München GmbH auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für eine 3. Start- und Landebahn gemäß §§ 8 ff. des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG);
Bekanntmachung über die Erörterungstermine**

**Bekanntmachung vom 8. Oktober 2008
25-33-3721.1-MUC-5-07**

1. Die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und die Stellungnahmen der Behörden wird die Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – gemäß § 10 Abs. 2 LuftVG in Verbindung mit Art. 73 Abs. 6 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) mit den Beteiligten erörtern.

Die Erörterungstermine finden, gegliedert nach Erörterungsabschnitten, zu den nachfolgend genannten Terminen für die jeweils genannten Beteiligten im

Ballhausforum, Anna-Wimschneider-Straße 1-3, 85716 Unterschleißheim

statt. Die Termine beginnen jeweils um 09.30 Uhr und dauern längstens bis 19:00 Uhr. Ein früherer Schluss der täglichen Erörterung bleibt vorbehalten.

**Erörterungsabschnitt 1
11., 12., 13. und 14. November 2008**

Landkreise, Städte, Märkte, Gemeinden, Kommission zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigung durch Flugzeuge für den Flughafen München, Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung e. V.,

Bündnis der elf Gemeinden des östlichen Landkreises Erding und der zwei Gemeinden des westlichen Landkreises Mühldorf (Ostbündnis) zu folgenden Sachthemen:

Planrechtfertigung, Prognose, Kapazität, Alternativen

**Erörterungsabschnitt 2
17., 18., 20. und 21. November 2008**

Landkreise, Städte, Märkte, Gemeinden, Kommission zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigung durch Flugzeuge für den Flughafen München, Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung e. V., Bündnis der elf Gemeinden des östlichen Landkreises Erding und der zwei Gemeinden des westlichen Landkreises Mühldorf (Ostbündnis) zu folgenden Sachthemen:

Auswirkungen des Vorhabens und sonstige Belange

**Erörterungsabschnitt 3
24. und 25. November 2008**

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundespolizeiamt München, Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Bayer. Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Bayer. Staatsministerium des Innern, Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, Bayer. Landesamt für Umwelt, Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Bayer. Landesamt für Vermessung und Geoinformation, Immobilien Freistaat Bayern, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Hauptzollamt München, Bayer. Staatsforsten – Forstbetrieb Freising, Bayer. Landesanstalt für Landwirtschaft, Bayer. Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaftsamt München, Amt für Landwirtschaft und Forsten Erding, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, Autobahndirektion Südbayern, Staatliches Bauamt Freising, Polizeipräsidium Oberbayern, Polizeidirektion Erding, Polizeidirektion Flughafen München, Bezirk Oberbayern, Bezirk Oberbayern – Fachberater für Fischerei, Wehrbereichsverwaltung Süd, DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Flughafenkoordination Deutschland, Bundesvereinigung gegen Fluglärm e. V., Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e. V., Bayerischer Bauernverband, Bayerischer Waldbesitzerverband e. V., Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Industrie- und Handelskammer Erding/Freising, Handwerkskammer für München und Oberbayern, Deutscher Wetterdienst, Airline Operators Committee (AOC), AOPA-Germany (Verband der allgemeinen Luftfahrt e. V.), Deutsche Lufthansa AG, Barig Board of Airline Representatives, Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften, Deutscher Ausschuss zur Verhütung von Vogelschlägen e. V., Eisenbahn-Bundesamt, Heimatpfleger des Landkreises und der Großen Kreisstadt Freising, Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH, DB Magnetbahn GmbH, Fachhochschule Weihenstephan, sowie Sachgebiete und Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberbayern,

zu den jeweils vertretenen Belangen

Erörterungsabschnitt 4**27. November 2008**

Abwasserzweckverband Erdinger Moos, Zweckverband zur Wasserversorgung Moosrain, Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Freising-Süd, Wasserzweckverband Berglerner Gruppe, Wasserverband Loosbach Attaching, Wasser- und Bodenverband Breitwiesen, Wasserverband Moosach 1, Wasser- und Bodenverband Süß- und Grüselgraben, Wasser- und Bodenverbände Viehlasmoos Häng- und Brachwiesengenossenschaft Gaden/Berglern, Wasser- und Bodenverband Siebentagwerks- und Großenbachwiesen, Wasser- und Bodenverband Altach, Gfällach und Grüselgraben, Wasserverband Dorfen,

zu den jeweils vertretenen Belangen

Erörterungsabschnitt 5**28. November 2008**

Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH, Stadtwerke Erding GmbH, E-Werk Schweiger oHG, Sempt-Elektrizitäts-Werk GmbH & Co. KG, Bayerngas GmbH, Erdgas Südbayern GmbH, E.ON Bayern AG, E.ON Bayern Wärme GmbH, E.ON Netz GmbH, Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, COLT Telecom GmbH, DB Energie GmbH, DB Services Immobilien GmbH, Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH, Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH,

zu den jeweils vertretenen Belangen,
gegebenenfalls Fortsetzung der Erörterung vom 27. November 2008

Erörterungsabschnitt 6**1., 2. und 4. Dezember 2008**

Landratsämter Erding, Freising, Dachau, München, Ebersberg und Landshut in ihrer Funktion als untere staatliche Verwaltungsbehörden,

zu den jeweils vertretenen Belangen

Erörterungsabschnitt 7**5., 8. und 9. Dezember 2008**

Bund Naturschutz in Bayern e. V., Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V., Deutscher Alpenverein e. V., Verein zum Schutz der Bergwelt e. V., Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V., Landesjagdverband Bayern e. V., Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband Bayern e. V., Landesfischereiverband Bayern e. V., Jagdschutz- und Jägerverein Freising Stadt und Land e. V.,

zu den jeweils vertretenen Belangen

Reservetermine**11., 12., 15., 16., 18. und 19. Dezember 2008**

Bei Bedarf wird die Erörterung der vorgenannten Erörterungsabschnitte an diesen Tagen fortgesetzt. Ob ein solcher Bedarf vorliegt, wird am Ende des jeweiligen Erörterungsabschnitts bekanntgegeben. Dabei wird auch der jeweilige Reservetag konkret benannt.

Erörterungsabschnitte an diesen Tagen fortgesetzt. Ob ein solcher Bedarf vorliegt, wird am Ende des jeweiligen Erörterungsabschnitts bekanntgegeben. Dabei wird auch der jeweilige Reservetag konkret benannt.

Erörterungsabschnitt 8**12., 13., 15., 16., 19., 20., 22. und 23. Januar 2009**

Private (Einwender und Betroffene) zu folgenden Sachthemen:

Planrechtfertigung, Prognose, Kapazität, Alternativen

Erörterungsabschnitt 9**26. und 27. Januar 2009**

Private (Einwender und Betroffene) zu folgenden Sachthemen:

Technische Planungen, Sicherheit, Flugbetriebsflächen, Straßenbaumaßnahmen, Ver- und Entsorgung, Bauleistungen, sonstige technische Angelegenheiten

Erörterungsabschnitt 10**29. und 30. Januar, 2., 3., 5., 6., 9., 10., 12., 13., 16. und 17. Februar 2009**

Private (Einwender und Betroffene) zu folgenden Auswirkungen des Vorhabens:

Lärm, Luft, Grundinanspruchnahmen (Eigentümer, dinglich Berechtigte und Besitzer)

Erörterungsabschnitt 11**19. und 20. Februar, 2., 3., 5., 6., 9. und 10. März 2009**

Private (Einwender und Betroffene) zu folgenden Auswirkungen des Vorhabens:

Wasserwirtschaft, Boden- und Rohstoffmanagement, Land- und Forstwirtschaft, Natur und Landschaft, Flora-Fauna-Habitat-Gebiet, Vogelschutzgebiet, Verkehr, Wirtschaft und Siedlung, Landschaftspflegerische Begleitplanungen und Umweltverträglichkeitsstudie, sonstige Belange

Reservetermine**12., 13., 16., 17., 19., 20., 23., 24., 26. und 27. März 2009**

1. Bei Bedarf wird die Erörterung aller vorgenannten Erörterungsabschnitte an diesen Tagen fortgesetzt. Ob ein solcher Bedarf vorliegt, wird am Ende des jeweiligen Erörterungsabschnitts bekanntgegeben. Dabei wird auch der jeweilige Reservetag konkret benannt.

Weitere Reservetermine und Reserve-Erörterungstage mit individuellem Erörterungsbedarf für Grundinanspruchnahmen**30. und 31. März, 2. und 3., 6. bis 9. und 14. bis 17. April 2009**

1. Bei Bedarf wird die Erörterung aller vorgenannten Erörterungsabschnitte an diesen Tagen fortgesetzt. Ob ein solcher Bedarf vorliegt, wird am Ende des jeweiligen Erörterungsabschnitts bekanntgegeben. Dabei wird auch der jeweilige Reservetag konkret benannt.

2. Private können an der Erörterung zu den Erörterungsabschnitten 1 mit 7 im Rahmen des vorhandenen Platzangebotes ohne Rederecht teilnehmen.

3. Die Erörterungstermine sind nicht öffentlich.

4. An den Erörterungsterminen können diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, die Betroffenen und die Vorhabensträgerin (Beteiligte), sowie deren gesetzliche Vertreter teilnehmen. Gleiches gilt für die Vertreter der vorgenannten Behörden, Gesellschaften, Vereine und sonstigen Stellen.

Um die Teilnahmeberechtigung festzustellen, wird täglich eine Einlasskontrolle durchgeführt. Die Teilnahmeberechtigten müssen daher einen gültigen Personalausweis oder einen anderen amtlichen Lichtbildausweis vorlegen, aus dem sich mindestens Name und Wohnort ergibt.

Die Vertretung durch Bevollmächtigte ist möglich; diese haben ihre Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen und diese zu den Akten der Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – zu geben.

Beistände können hinzugezogen und müssen namentlich benannt werden.

5. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden kann.

6. Durch Teilnahme an den Erörterungsterminen entstehende Aufwendungen, auch solche für einen Bevollmächtigten, können nicht erstattet werden.

München, 8. Oktober 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Versicherungsaufsicht; Feststellen des Erlöschens der Erlaubnis zum Betrieb eines Versicherungsgeschäftes

Die Regierung von Oberbayern hat mit Bescheid vom 7. Oktober 2008, Az. 21-3145-D21-08, das Erlöschen der Erlaubnis zum Betrieb eines Versicherungsgeschäftes des Arbeiter-Brandunterstützungsvereins Traunstein i. L. festgestellt.

Schulwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Starnberg

Vom 9. Oktober 2008 44-5103-STA-1/08-6

Auf Grund von Art. 26, 29 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBI S. 467), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Starnberg vom 2. März 1979 (RABI S. 53), zuletzt geändert durch die Zwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Starnberg vom 17. September 2007 (OBABI S. 170, 187), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 10 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr. Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule

10. Grundschule am Pilsensee, Seefeld

Das Gebiet der Gemeinde Seefeld.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

München, 9. Oktober 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

Landesentwicklung

REGIONALER PLANUNGSVERBAND MÜNCHEN

Bekanntmachung

Der Regionale Planungsverband München hält am Dienstag, dem 28. Oktober 2008, um 14:00 Uhr seine 205. öffentliche Sitzung des Planungsausschusses im

großen Sitzungssaal des Rathauses der Landeshauptstadt München ab.

Beratungsgegenstände:

1. Metropolregion München
– Bericht –

2. Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung

a) Kiesabbau der Ganser Kies & Sand GmbH & Co. KG westlich Dürrnhaar, Gemeinde Aying, Landkreis München

b) Errichtung eines Mömax-Einrichtungshauses in der Gemeinde Eching, Lkr. Freising

c) Errichtung eines Fachmarktzentrums an der Lands-
huterstraße in Unterschleißheim, Lkr. München

3. Information über Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München

4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushalts-
jahr 2009

5. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2007

6. Feststellung der Jahresrechnung 2007 gemäß Art. 88
Abs. 3 LKrO

7. Verschiedenes

München, 7. Oktober 2008

Regionaler Planungsverband München

Breu
Geschäftsführer

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen, Literaturhinweise

Verlagsgruppe Hüthing Jehle Rehm GmbH, München

Birkner, **Bayerisches Haushaltsrecht**. 80. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 276 S., 81 €.

Wieser, **Gesetz über Ordnungswidrigkeiten – OWiG** –; Kommentar zum OWiG und den ergänzenden Bestimmungen der Strafprozessordnung. 92. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 156 S., 45,70 €.

Jüngling/Riedlbauer u. a., **Gruppierungsplan für den bayerischen Staatshaushalt**. 42. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 186 S., 57,80 €.

Weiß u. a., **Beamtenrecht in Bayern** (fr. Bayerisches Beamtengesetz), Kommentar.

147. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 428 S., 119,15 €.

148. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 272 S., 75 €.

Stegmüller/Schmalhofer u. a., **Beamtenversorgungsgesetz**; Kommentar mit Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. 82. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: April 2008, 312 S., 87,55 €.

Breier/Dassau/Kiefer, **TVöD-Kommentar** – Tarif- und Arbeitsrecht für den öffentliche Dienst. 22. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 342 S., 95,90 €.

Dassau/Langenbrinck, **TVöD Textausgabe**. 6. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 130 S., 36,60 €.

Breier/Dassau/Kieder u. a., **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)**, Kommentar. 14. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: August 2008, 334 S., 93,70 €.

Mildenberger/Pühler u. a., **Beihilfenvorschriften in Bund, Ländern und Kommunen**; Kommentar. 125. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 256 S., 72,10 €.

Weber/Banse/Krämer, **Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes**; Textsammlung mit Kommentierung des Bundesrechts. 72. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 198 S., 56,40 €.

Ballerstedt/Schleicher u. a., **Bayerisches Personalvertretungsgesetz mit Wahlordnung**; Kommentar. 114. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 336 S., 95,20 €.

Hölzl/Hien, **Gemeindeordnung** mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung für den Freistaat Bayern, Kommentar. 41. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 174 S., 58,90 €.

Stadler/Stierwaldt/Strunz, **Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter**; Leitfaden. 31. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 51,20 €.

Birkel (Hg.), **Praxishandbuch des Bauplanungs- und Immissionsschutzrechts** mit Nachbarschutz nach BGB und technischen Regelwerken; Kommentar. 64. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: April 2008, 196 S., 68 €.

Koch/Molodovsky/Famers, **Bayerische Bauordnung** mit Durchführungsvorschriften; Kommentar. 86. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 194 S., 49 €.

Koch/Reuter u. a., **Technische Baubestimmungen**; Mit Einführungsbekanntmachungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Textausgabe. 57. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 200 S., 59,90 €.

Braun/Keiz, **Fischereirecht in Bayern**; Kommentar. 47. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juli 2008, 200 S., 59,90 €.

Wolff/Zrenner/Grove, **Veterinär-Vorschriften in Bayern**; Vorschriftensammlung. 88. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 238 S., 72,80 €.

Grove, **EU-Hygienepaket** – Europäische und bundesrechtliche Vorschriften des Lebensmittelrechts mit Schwerpunkt Fleisch; Vorschriftensammlung. 11. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 174 S., 52,50 €.

Linhart u. a., **Sozialgesetzbuch II und XII – Asylbewerberleistungsgesetz** (fr. Bundessozialhilfegesetz mit Asylbewerberleistungs- und Grundsicherungsgesetz); Kommentar. 58. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 202 S., 65,30 €.

OBABI 2008, S. 155

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Zerle/Hein, **Forstrecht in Bayern**, Kommentar. 15. Ergänzungslieferung, 232 S., Rechtsstand: Februar 2008, 71,90 €.

OBABI 2008, S. 156

Carl Link / Deutscher Kommunal-Verlag, Kronach

Schelter, **Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa**; Materialien und Rechtssammlung zum Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrenrecht. 120. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: April 2008, 174 S. 121. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 174 S. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferungen (ca. 8.647 S. in 5 Ordnern) 210 €.

Harrer/Kugele, **Verwaltungsrecht in Bayern**; Verwaltungsverfahren (BayVwVfG und VwVfG), Verwaltungszustellung und Vollstreckung (VwZVG), Verwaltungsprozess (VwGO); Ergänzbares Rechtssammlung mit Kommentar. 74. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 134 S., 65,84 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 2.136 S. in 2 Ordnern) 102 €.

Hiebel, **Dienstrecht in Bayern I**; Ergänzbares Sammlung zum Beamten- und Besoldungsrecht mit erläuternden

Hinweisen. 145. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 70 S., 29,96 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 1.950 S. im Ordner) 125 €.

Wiedemann/Fritsch, **Allgemeine Geschäftsordnung (AGO)**; Organisationshandbuch mit Kommentar für die öffentliche Verwaltung in Bayern. 19. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 146 S., 64,24 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 920 S. im Ordner) 98 €.

Zimmermann/Büchner, **Kommunalrecht in Bayern**; Kommentar. 108. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Juni 2008, 96 S., 40,10 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 1.816 S. im Ordner) 92 €.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunalen Finanzausgleich in Bayern**; Kommentar. 124. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 120 S., 48,72 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 2.752 S. in 2 Ordnern) 128 €.

Ecker/Schwenk, **Finanzrecht der Kommunen II – Abgabenrecht in Bayern**; Steuern, Gebühren und Beiträge. 43. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Januar 2008, 116 S., 43,68 €.

44. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: April 2008, 102 S., 42,44 €.

Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferungen (ca. 1.708 S. im Ordner) 70 €.

Ecker/Schenk u. a., **Kommunalabgaben in Bayern**; Systematische Darstellung. 35. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: März 2008, 96 S., 42,24 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 914 S. im Ordner) 101 €.

Parzefall/Ecker u. a., **Kommunales Ortsrecht**; Handbuch für die Gestaltung von Satzungen und Verordnungen mit Mustern und Erläuterungen. 31. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: Mai 2008, 112 S., 69,30 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 860 S. im Ordner) 148 €.

Hillermeier/Bloock, **Kommunales Vertragsrecht**; Handbuch für die Vertragsgestaltung und Sammlung von Vertragsmustern mit Erläuterungen. 71. Ergänzungslieferung, Rechtsstand: März 2008, 100 S., 39 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (ca. 1.912 S. im Ordner) 169 €.

OBABI 2008, S. 156